



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2015/00691**
Datum: 04.03.2015
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Bergner,
Annegret

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.03.2015	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Stadträtin Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zur Verwendung der Mittel des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier,, (BIWAQ) durch die Stadt Halle

Nach Auskunft des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat sich die Stadt Halle erfolgreich mit den von ihr eingereichten Projektideen aus Interessen Bekundungsverfahren für das angegebene Programm beteiligt. Ein Projektbeginn wurde noch für dieses Frühjahr in Aussicht gestellt.

Welche Projekte wurden eingereicht und für welche Projekte steht eine Förderung in Aussicht?

gez. Dr. Annegret Bergner
Stadträtin



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

18.03.2015

Sitzung des Stadtrates am 25.03.2015

Betreff: Anfrage der Stadträtin Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zur Verwendung der Mittel des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier,, (BIWAQ) durch die Stadt Halle

Vorlagen-Nummer: VI/2015/00691

TOP: 9.6

Antwort der Verwaltung:

Welche Projekte wurden eingereicht und für welche Projekte steht eine Förderung in Aussicht?

Es wurde ein Projekt beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit eingereicht. Das Projekt trägt den Titel „ARBEITSSPPLATTE“. Es sieht eine nachhaltige Integration von Alleinerziehenden, Migranten und Spätstartern in den lokalen Arbeitsmarkt vor. Die Projektdauer kann bis zu 45 Monate betragen. Das Projekt soll im Programmgebiet der Förderprogramms „Soziale Stadt“ unter Einbeziehung der dort verorteten fachlich kompetenten Partner umgesetzt werden (vergl. Schaubild in der Anlage).

Im Gegensatz zu den Vorgängerprogrammen stellte sich im Dezember des Vorjahres heraus, dass eine Interessenbekundung für diese Förderperiode, nicht wie bei den Vorgängerprogrammen durch den Freien Träger, sondern durch die Gebietskörperschaft zu stellen ist.

Die Stadt Halle (Saale) hat im Dezember eine Interessenbeurkundung eingereicht. In der zweiten Februar Hälfte hat das Bundesministerium mitgeteilt, dass Halle zu den 74 aus 128 ausgewählten Interessenbekundungen gehört, die aufgefordert werden bis zum 18.03.2015 einen entsprechenden Antrag einzureichen.

Dieses erfolgt momentan durch die Stadtverwaltung.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Anlage
Schaubild